

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirotasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele Verantwortlich: R. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaaltene 35 mm breite Beitzelle 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 80

Bad Schandau, Dienstag, den 5. April 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der deutsche Journalist Karl Delius, der kürzlich von einem italienischen Gericht zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, ist aus der Haft entlassen worden.

* In Paris beginnen am 5. April Verhandlungen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und Frankreich für den Abschluß eines Handelsabkommens auf Grundlage des neuen französischen Zolltarifs.

* Wie die „Türkische Post“ meldet, werden alle englischen Truppen im Irak bis auf ein englisches Infanterieregiment, das in Bagdad bleiben soll, abtransportiert werden.

Die Bauernschaft und die Sowjet-Regierung.

Von Dr. W. Hessen.

Als sich im Oktober 1917 Rußland in einen sogenannten „proletarischen Staat“ umwandelte und die Sowjetmacht über die Parole verhängte, „Alles für das Proletariat, nieder mit der Bourgeoisie!“, da mußte sich Jeder fragen: Um wen will die neue Regierung sich eigentlich sorgen, wem will sie ihre Wohltaten erweisen? Rußland ist ein ackerbauendes Land, von 140 Millionen Bevölkerung kommen nur etwa 4 Millionen auf die städtischen Arbeiter, d. h. das Proletariat im engeren Sinne, während 80 Prozent der Bevölkerung auf die Bauernschaft entfallen, die nicht zum Proletariat gehört. Soll die neue Regierung aus einer Minderheitsgruppe bestehen, die das Wohl eines verschwindend kleinen Teiles der Gesamtbevölkerung zum Ziele macht? Man hätte glauben müssen, daß eine „proletarische“ Revolution in Rußland überhaupt ein Un Ding sei. Aber schon der ermordete Ministerpräsident Stolypin erklärte i. Zt. in der Reichsduma, Rußland sei das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, und er hat Recht behalten — das Undenkbare geschah. Das für sozialistische Experimente am meisten geeignete Land wurde zum Vorposten der Weltrevolution.

Nachdem die Bolschewisten die Macht an sich gerissen hatten, wurden sie sich ihres Irrtums sofort bewußt. Die neue Regierung wurde aus einer „proletarischen“ in eine „Arbeiter- und Bauern“-Regierung umbenannt, und sie wurde sich klar darüber, daß sie einen Rückhalt nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch bei den Bauern finden müsse. Mit einem der ersten Dekrete wurde der gesamte Landbesitz der Bauernschaft übergeben. Dadurch sollte bei diesem Teil der Bevölkerung gute Stimmung gemacht werden, die Bauern sollten eine zuverlässige Grundlage der Republik bilden. Zunächst gelang dies auch, und während der ersten drei Jahre, als die Regierung sich der Einnischung in das Leben und Treiben der Bauernschaft enthielt und sich darauf beschränkte, das städtische Proletariat zu beglücken, hatte die Bauernschaft keine Veranlassung zur Unzufriedenheit, umso mehr, als sämtliche Steuern und Gebühren abgeschafft worden waren und jeder Bauer tun und lassen konnte, was er wollte.

Diese Lage währte bis 1922, bis die Bolschewisten die Verbindlichkeit ihrer anfänglichen Wahlversprechen einsehen und ihre kommunistischen Gedankengänge zum Teil aufgeben mußten. Eine neue wirtschaftliche Politik, der sogenannte „Nep“, wurde proklamiert, und die früher so verhassten kapitalistischen Wahlversprechen kamen wieder an die Tagesordnung. Zu ihrer Rechtfertigung erklärte die Regierung, der neue Kapitalismus werde einen „Staatskapitalismus“ darstellen.

Von diesem Augenblick an trat eine Veränderung in der Stellung der Bauernschaft ein. Um die zerstörte Industrie und das Währungssystem wieder aufzubauen, benötigte die Regierung große Mittel. Da sie über solche nicht verfügte, mußte sie ihre Zuflucht zur Besteuerung nehmen. Naturgemäß wurden in erster Linie die Bauern von diesen Steuern betroffen, denn die Regierung konnte nicht anders vorgehen: die Bourgeoisie war vernichtet, eine Arbeiterklasse bestand infolge der Zerstörung der Industrie fast gar nicht mehr, besonders da während des Bürgerkrieges und der Hungersnot die Arbeiter nach ihren Heimatdörfern zurückgeflutet waren, wo es nicht so unruhig war; somit war nur noch die Bauernschaft als Objekt zu gebrauchen, und sie wurde zur Zielscheibe aller steuerlichen Maßnahmen der Regierung, die sich sowohl in Natural- wie auch in Geldsteuern auswirkten.

In der ersten Zeit suchte die Bauernschaft sich damit abzufinden, indem sie die Steuerabgaben zu umgehen suchte, ihre Vorräte verheimlichte und falsche Angaben über ihre Einkünfte machte. Aber die Regierung wurde aufdringlicher und nahm ihre Zuflucht zu den äußersten Mitteln. Es wurden Strafkommandos auf das Land entsandt, und wenn die Bauern keine Abgaben zahlen wollten, so wurden die Schuldigen erschossen. Aber auch das hatte keinen Erfolg. Die Bauern fügten sich zwar der Gewalt, sowie aber die Strafkommandos außer Sicht waren, kam es zu Unruhen. Vor allen Dingen rächten die Bauern sich an den an Ort und Stelle verbliebenen Vertretern der Regierung. Alltäglich brachten die Sowjetzeitungen Nachrichten über Ermordungen von Beamten, die im Auftrage der Regierung auf das Land gekommen waren.

Dieser verdeckte Kampf der Bauernschaft mit der Regierung dauert auch jetzt noch an. Gegenwärtig ist die Steuer-schraube bis aufs Äußerste angepannt, indem der Bauer 16 bis 20 Prozent seines Einkommens an die Regierung abgeben muß (von 280 Rubel Jahreseinkommen zahlt er 40 Rubel). Um diese Ziffern würdigen zu können, muß man berücksichtigen, daß ein städtischer Arbeiter oder Angestellter mit 3800 Rubel Jahresgehalt auch nur so viel zu zahlen braucht. Ist es daher ein Wunder, daß die Unzufriedenheit der Bauernschaft von Tag zu Tag wächst, daß fast täglich bald da, bald dort Unruhen ausbrechen, die gewalttätig niedergeschlagen werden müssen? Wenn es jetzt auch noch gelingt, diese Bauernunruhen mit Waffengewalt zu unterdrücken, so ist wohl der Tag nicht mehr fern, an dem die Sowjetregierung einem Willkürherrscher von Aufrührern gegenübersteht und nicht in der Lage sein wird, es zu bändigen.

Noch 75 000 Mann Besatzungstruppen

Die Belastung des Rheinlandes.

Schlechte Wirtschaftslage der Rheinprovinz.

Bei der Eröffnung des 73. Rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf führte der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, in seiner Ansprache u. a. aus: Entgegen unseren berechtigten Ansprüchen und entgegen den Erwägungen wirtschaftlicher und politischer Vernunft steht die fremde Besatzung noch immer mit 75 000 Mann auf deutschem Boden und mit der überwiegenden Zahl innerhalb unserer Provinz. Wir würdigen es, daß bei manchen Stellen der Besatzungsmächte der Wille vorhanden ist, das Besatzungsregime für die Bevölkerung erträglicher zu gestalten. Aber abgesehen davon, daß eine so unerhört starke Truppenbesetzung zwangsläufig eine ungeheure Belastung mit sich bringt, ist schon die bloße Tatsache, daß sieben Jahre nach Eintritt des Friedens noch fremde Truppen in einem der ältesten Kulturländer stehen, völlig unfassbar und niederziehend. So lebhaft wir auch die Befreiung ersehnen, so möchten wir doch eine vorzeitige Räumung nicht auf Kosten des Gesamtlandes erstreben; wir möchten die Besatzungsstrafen keinesfalls vergrößert wissen um den Preis wirtschaftlicher oder politischer Fesselung von unbegrenzter Dauer. Dabei setzen wir aber in die maßgebenden Stellen von Reich und Land das feste Vertrauen, daß sie nach wie vor nachdrücklich eintreten für die Erreichung der Rückwirkungen, die uns feierlichst zugesagt und bisher nur allzuwenig in die Erscheinung getreten sind.

Zur wirtschaftlichen Frage erklärte der Oberpräsident: Die berechtigten Klagen, daß die besetzten Gebiete ihre während des schweren Existenzkampfes verlorenen innerdeutschen Absatzgebiete nicht wieder erlangen können, wollen nicht verstummen. Demgegenüber dürfen wir von dem von der Besatzung und sonstigen unmittel-

baren Einwirkungen unserer ehemalsigen Gegner verschont gebliebenen Deutschland erwarten, daß es für unsere Lage ausreichendes Verständnis zeigt. Vor allem haben wir auch Anlaß, darauf hinzuweisen, daß wir kein unsicheres Ausland sind, von dem man sich vorzüglich fernhält. Unsere ausgezeichneten Kurorte und herrlichen Sommerfrischen sollten die deutschen Reisenden zum mindesten gerade so anziehen wie die ausländischen Bäder. Deutsch prägt sich im Verhältnis zu den übrigen Reichsteilen die besonders schlechte wirtschaftliche Lage der Provinz aus in der Verfassung des rheinischen Arbeitsmarktes. Die Rheinprovinz hat über 226 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Krisenunterstützung, demnach 38 Erwerbslose auf das Tausend der Einwohnerzahl gegen nur 33,2 im Reichsdurchschnitt.

Amerika und der Weltkrieg.

Anläßlich des zehnten Jahrestages des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg hat die New Yorker „World“ führende Männer der ganzen Welt um ihre Ansicht über die Bedeutung dieses Schrittes gebeten. Von den 150 Persönlichkeiten äußerte General Luden die Ansicht: Das amerikanische Volk ist nicht in den Krieg eingetreten, sondern durch Wilson auf Befehl der Juden, Freimaurer und Jesuiten mittels einer Lügenpropaganda auf den Leim gelockt und wie Vieh zur Schlachtbank geerleben worden. Madensen erklärt: Amerikas Eintritt entschied die Niederlage Deutschlands und schädigte dadurch ganz Europa. Der Friede ist jetzt nicht mehr gesicherter als früher. Amerika hat zur Sicherung des Friedens weniger beigetragen als zur Besiegung Deutschlands. Der ehemalige Deutsche Kaiser antwortete durch den Admiral von Nebur mit dem altenglischen Sprichwort: Narren eilen dorthin, wo Engel fürchten, hinzugehen.

Die Chinawirren

Neue Zusammenstöße in Schanghai.

London, 4. April. Nach Meldungen aus Schanghai sind bei dem Versuch, bewaffnete Banden in den Vorstädten Schanghais zu entwaffnen, eine Anzahl Chinesen getötet und verwundet worden.

Wie weiter gemeldet wird, beabsichtigen die chinesischen Arbeiterführer, wegen der rücksichtslosen Beschießung Nankings demnächst einen antibritischen Streik auszurufen.

Der Befehlshaber der Kantontuppen, General Cheng, soll einem Telegramm aus Schanghai zufolge dem amerikanischen Generalkonsul sein Bedauern wegen der Vorfälle in Hankau zum Ausdruck gebracht haben.

Keine Beschießung Hankaus durch japanische Kriegsschiffe.

London, 4. April. An amtlicher japanischer Stelle in London wurde heute der aus Schanghai stammende englische Bericht dementiert, wonach japanische Kriegsschiffe Hankau bombardiert haben sollten.

Eine neue China-Erklärung Chamberlains

London, 4. April. Außenminister Chamberlain gab heute nachmittag im Unterhause eine längere Erklärung über die Lage in China ab. Er teilte zunächst mit, daß über die künftige Stellung der Briten in Nanking keine Verhandlungen im Gange seien. Den letzten Berichten aus China zufolge, werde die Haltung der Nationalisten von Tag zu Tag unerträglicher. Aus dem Hafen von Nanking ausfahrende britische Dampfer seien schwer beschossen worden; die Plünderungen ausländischer Häuser dauerten an. Chamberlain beantwortete weiter einige Anfragen über die Beschießung Nankings durch englische Kriegsschiffe. Er teilte mit, daß der Kreuzer „Emerald“ 76 Granaten abgefeuert habe. Insgesamt seien drei Engländer und ein Amerikaner getötet worden. Wem die Verantwortung für die Ereignisse in Nanking zuzuschreiben sei, könne er nicht sagen. Die antibritische Stimmung in China werde jedoch zweifellos von Moskau ermutigt. Die englische Regierung halte es augenblicklich nicht für ratsam, irgendwelche Schritte mit Bezug auf den künftigen Notenwechsel zwischen London und Moskau zu unternehmen.

Der Abgeordnete Taylor fragte darauf, ob der Außenminister mit dem Worte „Moskau“ die russische Regierung oder die dritte Internationale meine. Chamberlain erwiderte, er sei nicht in

der Lage, zu erklären, inwieweit die russische Regierung mit den verschiedenen russischen Organisationen zusammenarbeite.

Der Außenminister teilte weiter mit, daß sich im Innern Chinas noch etwa 200 britische Staatsangehörige befänden. Wegen der Nanking Vorfälle seien Verhandlungen mit Washington, Tokio, Paris und Rom im Gange. Die Berichte, wonach die englischen Schiffe „Nanking“ mit Brandbomben beschossen hätten, seien unwahr.

Während der Rede Chamberlains kam es wiederholt zu erregten Szenen infolge fortgesetzter Zwischenrufe arbeiterparteilicher Abgeordneter.

Amerikas Zurückhaltung in der Chinapolitik.

New York, 5. April. Zwischen Coolidge und Kellogg hat eine neue Besprechung über die an die Kantongregierung abzusendende Note stattgefunden. Kellogg hat erklärt, daß der Termin und die Art der Uebermittlung des Schriftstückes noch nicht feststehe. Während der Besprechung traf eine Meldung ein, wonach sich in Chinking ein Zusammenstoß zwischen amerikanischen Marinetruppen und Chinesen ereignet habe. Möglicherweise hat diese Nachricht bei der Beratung eine gewisse Rolle gespielt.

Was für England in China auf dem Spiele steht.

London, 5. April. Evening Standard stellt fest, daß das in China auf dem Spiele stehende britische Kapital in runden Ziffern nicht weniger als ein Drittel der fundierten englischen Nationalschulden oder etwa 350 Millionen Pfund (7 Milliarden Mark) betrage. Der Berichterstatter stützt sich dabei auf Informationen des englischen Schatzkanzlers Sir Robert Horne und auf Berechnungen Montague Turners von der Bank für Indien, Australien und China.

Keine Beteiligung Amerikas an einer Blockade Chinas.

New York, 5. April. Nach Meldungen aus Washington blies die amerikanische Regierung trotz offensichtlicher englischer Versuche nicht bereit sein, sich in den englischen Kurs in der Chinapolitik hineinbringen zu lassen. In Washingtoner Kreisen wird erklärt, daß Amerika keinen Wechsel auf die Zukunft aus-